



Liebe Leserinnen und Leser,

wir freuen uns, Ihnen die neueste Ausgabe des Newsletters „Windenergierecht aktuell“ der Stiftung Umweltenergierecht zu präsentieren. Unser Newsletter informiert Sie regelmäßig über windenergiebezogene Themen aus den Bereichen

- Gesetzgebung und rechtspolitische Entwicklungen
- Rechtsprechung und
- Literatur

Wir wünschen Ihnen viel Freude beim Lesen und freuen uns, wenn Sie unseren Newsletter weiterempfehlen!

Herzliche Grüße

Dr. Thorsten Müller

Vorsitzender des
Stiftungsvorstandes

Frank Sailer

Leiter Forschungsgebiet
Energieanlagen- und
Infrastrukturrecht

**Aktuelles aus der Stiftung
Umweltenergierecht**

Online-Seminar
[Delegated Act für grünen
Wasserstoff](#)
Dienstag, 7. März 2023

Online-Seminar
[Beschleunigung des
Erneuerbaren-Ausbaus
durch Umsetzung der EU-
Notfall-Verordnung](#)
Freitag, 10. März 2023

**[Mehr Informationen
finden Sie auf unserer
Veranstaltungsseite.](#)**

Inhalt

I. Gesetzgebung	3
1. Europa	3
2. Bund	5
3. Bundesländer	6
II. Rechtspolitische Entwicklung	7
1. Europa	7
2. Bund	7
3. Bundesländer	8
a. Baden-Württemberg	8
b. Bayern	9
c. Brandenburg	10
d. Hamburg	11
e. Hessen	11
f. Mecklenburg-Vorpommern	11
g. Niedersachsen	12
h. Nordrhein-Westfalen	13
i. Rheinland-Pfalz	14
j. Sachsen	15
k. Thüringen	16
III. Aktuelle Rechtsprechung	19
1. Bundesverwaltungsgericht	19
2. Oberverwaltungsgerichte/Verwaltungsgerichtshöfe	19
3. Verwaltungsgericht	25
4. Zivilgericht	25
IV. Literatur	26
1. Juristische Aufsätze und Beiträge	26
2. Bücher	32
3. Sonstige wissenschaftliche Veröffentlichungen	32
4. Sonstiges	34

I. Gesetzgebung

1. Europa

Verkündung

Verordnung (EU) 2022/2577 des Rates vom 22. Dezember 2022 zur Festlegung eines Rahmens für einen beschleunigten Ausbau der Nutzung erneuerbarer Energien

Amtsblatt der Europäischen Union L 335/36 vom 29.12.2022

Aus dem Inhalt: „Ein rascher Ausbau der Nutzung erneuerbarer Energien kann dazu beitragen, die Auswirkungen der aktuellen Energiekrise abzufedern, indem ein Schutz gegen das Vorgehen Russlands aufgebaut wird. [...] In diesem Zusammenhang und um die Belastung der europäischen Verbraucher und Unternehmen durch hohe und volatile Preise und die dadurch verursachten wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten zu verringern, die erforderliche Senkung der Energienachfrage durch verstärkte Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen als Ersatz für Erdgas zu unterstützen und die Versorgungssicherheit zu erhöhen, muss die Union in diesem Zusammenhang weitere vorübergehende Sofortmaßnahmen ergreifen, um den Ausbau der Nutzung erneuerbarer Energiequellen zu beschleunigen, insbesondere durch gezielte Maßnahmen, die eine Beschleunigung des Ausbaus der Nutzung erneuerbarer Energien in der Union kurzfristig ermöglichen. [...] Insbesondere können mehrere der in dieser Verordnung genannten Maßnahmen zur Straffung der Verfahren zur Genehmigungserteilung für Projekte im Bereich der erneuerbaren Energien von den Mitgliedstaaten rasch umgesetzt werden, um den Ausbau der Nutzung erneuerbarer Energien kurzfristig zu beschleunigen, ohne dass es aufwendiger Änderungen der nationalen Verfahren und Rechtssysteme bedarf.“

→ [Zur Verordnung](#)

Allgemeine Ausrichtung des Rates

Betreffend: Vorschlag für eine RICHTLINIE DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES zur Änderung der Richtlinie (EU) 2018/2001 zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen, der Richtlinie 2010/31/EU über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden sowie der Richtlinie 2012/27/EU zur Energieeffizienz

Interinstitutionelles Dossier 2022/0160(COD) vom 16. Dezember 2022

Aus dem Inhalt: Im Rahmen der Verhandlungen wurden die folgenden wesentlichen Änderungen vorgenommen: [...] In Artikel 15b wird präzisiert, dass die Mitgliedstaaten die Kartierung der Gebiete, die für die nationalen Beiträge zum Ziel für erneuerbare Energien bis 2030 benötigt werden, innerhalb von 18 Monaten nach Inkrafttreten dieser Richtlinie vornehmen müssen. [...] In Artikel 15c wird präzisiert, dass die Mitgliedstaaten innerhalb von 30 Monaten nach Inkrafttreten dieser Richtlinie einen Plan oder Pläne, mit dem/denen sie „go-to“-Gebiete für erneuerbare Energien ausweisen, verabschieden. Es wird präzisiert, dass die Mitgliedstaaten über die Größe solcher „go-to“-Gebiete unter Berücksichtigung

der Besonderheiten und Anforderungen der Technologien, für die sie „go-to“-Gebiete für erneuerbare Energien festlegen, entscheiden und dass sie Anlagen zur Verfeuerung von Biomasse und Wasserkraftwerke ausnehmen können. Darüber hinaus haben die Mitgliedstaaten nun die Möglichkeit, bereits für die Errichtung erneuerbarer Energien ausgewiesene Gebiete unter bestimmten Bedingungen als „go-to“-Gebiete auszuweisen. [...] In Artikel 16 wird den Mitgliedstaaten in Bezug auf die allgemeinen Grundsätze des Genehmigungsverfahrens mehr Flexibilität gewährt, im Einklang mit den nationalen Rechtsvorschriften zu handeln. [...] In Artikel 16a werden die Fristen für das Genehmigungsverfahren in Bezug auf „go-to“-Gebiete für erneuerbare Energien präzisiert. [...] In Artikel 16b werden die Fristen für das Genehmigungsverfahren in Bezug auf Projekte außerhalb von „go-to“-Gebieten für erneuerbare Energien präzisiert.“

→ [Zur allgemeinen Ausrichtung](#)

Position des Europäischen Parlaments

Betreffend: Abänderungen des Europäischen Parlaments vom 14. Dezember 2022 zu dem Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie (EU) 2018/2001 zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen, der Richtlinie 2010/31/EU über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden sowie der Richtlinie 2012/27/EU zur Energieeffizienz (COM(2022)0222 – C9-0184/2022 – 2022/0160(COD))

Angenommene Texte P9_TA(2022)0441 vom 14.12.2023

Aus dem Inhalt: „Um sicherzustellen, dass die Union ihre ehrgeizigen Klima- und Energieziele für 2030 und das Ziel der Klimaneutralität bis 2050 erreicht und gleichzeitig dem im europäischen Grünen Deal verankerten Grundsatz der Schadensvermeidung Rechnung getragen wird, ist eine weitere koordinierte und harmonisierte Vereinfachung und Verkürzung der administrativen Genehmigungsverfahren für Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energie und der damit zusammenhängenden Infrastruktur, einschließlich der Netzan schlüsse, erforderlich. Die Einführung kürzerer und klarer Fristen für die Entscheidungen der Behörden, die für die Erteilung der Genehmigung für Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energie auf der Grundlage eines vollständigen Antrags zuständig sind, wird die Umsetzung von Projekten im Bereich der erneuerbaren Energie beschleunigen. Es ist jedoch angebracht, zwischen Projekten in Gebieten zu unterscheiden, die für die Umsetzung von Projekten im Bereich der erneuerbaren Energie besonders geeignet sind und für die die Fristen besonders gestrafft werden können (Beschleunigungsgebiete für erneuerbare Energie), und Projekten, die außerhalb dieser Gebiete angesiedelt sind.“

→ [Zur Position des Parlaments](#)

2. Bund

Gesetzentwurf der Bundesregierung

Betreffend: Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Digitalisierung im Bauleitplanverfahren und zur Änderung weiterer Vorschriften

BT- Drucksache 20/5663 vom 15.02.2023

Aus dem Inhalt: „Die Bundesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, die Verwaltungs-, Planungs- und Genehmigungsverfahren deutlich zu beschleunigen, damit private und staatliche Investitionen zur Modernisierung des Landes schnell, effizient und zielsicher umgesetzt werden können. Im Koalitionsvertrag der 20. Legislaturperiode zwischen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP haben sich die Regierungsparteien vorgenommen, die Digitalisierung von Planungs- und Genehmigungsverfahren priorisiert umzusetzen. Hierzu soll auch das Bauplanungsrecht einen Beitrag leisten. Der Koalitionsvertrag sieht eine Novellierung des Baugesetzbuchs (BauGB) vor, mit der unter anderem die rechtlichen Grundlagen für eine vollständige Digitalisierung der Bauleitplanverfahren geschaffen werden sollen. [...] Die wesentlichen Inhalte des Gesetzentwurfs sind:

- Umstellung des förmlichen Beteiligungsverfahrens auf ein digitales Verfahren als Regelfall,
- Beseitigung von Redundanzen bei Änderung von Planentwürfen und
- Verkürzung der Fristen zur Genehmigung bestimmter Bauleitpläne. [...]

Daneben greift der Gesetzentwurf den Änderungsbedarf zu § 245e BauGB und zu § 4 WindBG auf.“

→ [Zur Drucksache](#)

Gesetzesbeschluss des Deutschen Bundestages

Betreffend: Gesetz zur Beschleunigung von verwaltungsgerichtlichen Verfahren im Infrastrukturbereich

BR-Drucksache 57/23 vom 10.02.2023

→ [Zur Drucksache](#)

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen (24. Ausschuss)

Betreffend: Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Raumordnungsgesetzes und anderer Vorschriften

BT-Drucksache 20/5830 vom 01.03.2023

Aus dem Inhalt: „Der Deutsche Bundestag begrüßt, dass die Europäische Union Möglichkeiten schafft, Erneuerbare Energien und die für deren Integration notwendige Infrastruktur schneller auszubauen. Mit der nationalen Umsetzung der EU-Notfall-Verordnung (VERORDNUNG (EU) 2022/2577 DES RATES vom 22. Dezember 2022 zur Festlegung eines Rah-

mens für einen beschleunigten Ausbau der Nutzung erneuerbarer Energien) wird der Ausbau der Erneuerbaren Energien erheblich beschleunigt.[...] Noch in 2023 Planungs-, Genehmigungs- und Umsetzungserleichterungen für Naturschutzmaßnahmen in Vorranggebieten für Natur- und Artenschutz zu prüfen und ggf. die dafür geeigneten gesetzlichen Grundlagen und Instrumente bereitzustellen. [...] Die Verhandlungen über Go-To-Areas auf europäischer Ebene zu nutzen, um die Beschleunigungen der Notfall-Verordnung, die sich bewährt haben, dauerhaft zu etablieren. Bis dahin setzt sich die Bundesregierung für eine Verlängerung der Notfall-Verordnung ein.“

→ [Zur Drucksache](#)

Formulierungshilfe der Bundesregierung

Betreffend: Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Raumordnungsgesetzes und anderer Vorschriften (ROGÄndG)

Formulierungshilfe vom 30.01.2023

Aus dem Inhalt: „Mit der Formulierungshilfe werden Regelungen zur Durchführung der Verordnung (EU) 2022/2577 des Rates vom 22. Dezember 2022 zur Festlegung eines Rahmens für einen beschleunigten Ausbau der Nutzung erneuerbarer Energien umgesetzt. [...] Die Änderungen des § 6 WindBG dienen der Anpassung an die europarechtlichen Vorgaben. Artikel 6 der Verordnung (EU) 2022/2577 des Rates vom 22. Dezember 2022 zur Festlegung eines Rahmens für einen beschleunigten Ausbau der Nutzung der erneuerbaren Energien für die Mitgliedstaaten ermöglicht Erleichterungen bei der Genehmigung von unteranderen Windenergieanlagen an Land. Diese Spielräume sollen durch die neue Fassung des § 6 WindBG weitestmöglich ausgenutzt werden, um den Ausbau der Windenergie an Land weiter zu beschleunigen.“

→ [Zur Formulierungshilfe](#)

3. Bundesländer

Gesetzesbeschluss des Landtags von Baden-Württemberg

Betreffend: Gesetz zum Erlass eines Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetzes und zur Verankerung des Klimabelangs in weiteren Rechtsvorschriften

LT-Drucksache 17/4015 vom 01.02.2023

Aus dem Inhalt: „[...] § 20 Festlegung der regionalen Teilflächenziele gemäß § 3 des Windenergieflächenbedarfsgesetzes [...]“

→ [Zum Beschluss](#)

II. Rechtspolitische Entwicklung

1. Europa

Communication from the Commission to the European Parliament, the European Council, the European economic and social Committee and the Committee of the regions

Betreffend: A Green Deal Industrial Plan for the Net-Zero Age

COM(2023) 62 final vom 01.02.2023

Aus dem Inhalt: "Against this backdrop of seismic opportunity and challenge, Europe needs a new Green Deal Industrial Plan. The Plan will form part of the European Green Deal, which set us on the path to climate neutrality, and will enable Europe to lead the way globally in the net-zero industrial age.

The starting point for the Plan is the need to massively increase the technological development, manufacturing production and installation of net-zero products and energy supply in the next decade, and the value added of an EU-wide approach to meet this challenge together. [...] This outline for a new Green Deal Industrial Plan is based on four pillars:

- a predictable and simplified regulatory environment;
- faster access to sufficient funding;
- skills; and
- open trade for resilient supply chains."

→ [Zum Dokument](#)

2. Bund

Antwort des Staatssekretärs Dr. Patrick Graichen vom 25. Januar 2023 auf die schriftliche Frage des Abgeordneten Fabian Gramling (CDU/CSU)

Betreffend: Genehmigungsjahr der im Jahr 2022 errichteten Windkraftanlagen

BT-Drucksache 20/5426 vom 27.01.2023

→ [Zur Drucksache](#)

Antwort des Staatssekretärs Dr. Patrick Graichen vom 10. Januar 2023 auf die schriftliche Frage der Abgeordneten Julia Klöckner (CDU/CSU)

Betreffend: Wie viele Windkraftträder mit welcher Leistung müssen pro Tag bis 2030 in Deutschland gebaut werden, um die energie- und klimapolitischen Ziele der Bundesregierung beim Ausbau der Windkraft zu erreichen?

BT-Drucksache 20/5183 vom 13.01.2023

→ [Zur Drucksache](#)

Antwort des Staatssekretärs Dr. Patrick Graichen vom 9. Januar 2023 auf die schriftliche Frage des Abgeordneten Dr. Dietmar Bartsch (DIE LINKE)

Betreffend: Ausbau der Windenergie in den Jahren 2011 bis 2021 und 2022

BT-Drucksache 20/5183 vom 13.01.2023

→ [Zur Drucksache](#)

Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Dr. Bettina Hoffmann vom 30. Dezember 2022 auf die Frage des Abgeordneten Steffen Bilger (CDU/CSU)

Betreffend: Konsequenzen der Bundesregierung aus der Kritik von Umwelt- und Naturschutzverbänden an der pauschalen Einstufung von Windkraftanlagen zu Angelegenheiten „von überragendem öffentlichen Interesse“

BT- Drucksache 20/5129 vom 30.12.2022

→ [Zur Drucksache](#)

Antwort des Staatssekretärs Dr. Patrick Graichen vom 12. Dezember 2022 auf die Frage des Abgeordneten Dr. Carsten Brodesser (CDU/CSU)

Betreffend: Anteil der Grundstücksflächen entlang der Bundesautobahnen, der zur Energiegewinnung durch Windkraft- und Solaranlagen genutzt wird

BT- Drucksache 20/4970 vom 16.12.2022

→ [Zur Drucksache](#)

Antwort des Staatssekretärs Dr. Patrick Graichen vom 12. Dezember 2022 auf die Frage des Abgeordneten Dr. Carsten Brodesser (CDU/CSU)

Betreffend: Regulatorische Vorgaben für eine Errichtung von Windkraft- oder Solaranlagen sowie die Einspeisung der dadurch gewonnenen Energie entlang von Bundesautobahnen

BT- Drucksache 20/4970 vom 16.12.2022

→ [Zur Drucksache](#)

3. Bundesländer

a. Baden-Württemberg

Antwort der Landesregierung vom 8. Februar 2023 auf die kleine Anfrage der Abgeordneten Nico Weinmann und Stephan Brauer (FDP/DVP) vom 17. Januar 2023

Betreffend: Auslastung der Windkraftanlagen im Hohenlohekreis

LT-Drucksache 17/3961 vom 20.02.2023

→ [Zur Drucksache](#)

Antrag des Abgeordneten Gernot Gruber (SPD) und anderer SPD-Fraktionsmitglieder vom 2. Dezember 2022 mit Stellungnahme des Ministeriums für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz vom 13. Januar 2023

Betreffend: Windkraftausbau und Aktionsplan Auerhuhn

LT-Drucksache 17/3655 vom 26.01.2023

→ [Zur Drucksache](#)

Antwort der Landesregierung vom 5. Januar 2023 auf die kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Erik Schweickert und Dr. Timm Kern (FDP/DVP) vom 8. Dezember 2022

Betreffend: Auslastung der Windkraftanlagen im Nordschwarzwald

LT-Drucksache 17/3697 vom 19.01.2023

→ [Zur Drucksache](#)

Antwort des Landesministeriums vom 6. Dezember 2022 auf die kleine Anfrage des Abgeordneten Bernhard Eisenhut (AfD) vom 10. November 2022

Betreffend: Windkraftanlagen in den Landkreisen Konstanz, Lörrach, Waldshut und Breisgau-Hochschwarzwald

LT-Drucksache 17/3555 vom 19.12.2022

→ [Zur Drucksache](#)

b. Bayern

Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Ralf Stadler, Andreas Winhart und anderer Abgeordneter der AfD-Fraktion vom 8. Februar 2023

Betreffend: „Windausbau-Beschleuniger“ verhindern – Umwelt- und Artenschutz nicht der Windkraft opfern!

LT-Drucksache 18/26437 vom 08.02.2023

→ [Zur Drucksache](#)

Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Ralf Stadler, Andreas Winhart und anderer Abgeordneter der AfD-Fraktion vom 30. Januar 2023

Betreffend: Keine Windräder auf der Zugspitze! Windkraftverbotszonen in den Alpen und weiteren sensiblen Naturräumen einrichten!

LT-Drucksache 18/26178 vom 30.01.2023

→ [Zur Drucksache](#)

Antwort der Landesregierung vom 21. Oktober 2022 auf die schriftliche Anfrage des Abgeordneten Christian Klingen (fraktionslos) vom 26. September 2022

Betreffend: Tragen Windkraftanlagen zum Klimawandel bei?

LT-Drucksache 18/24609 vom 07.12.2022

→ [Zur Drucksache](#)

Antwort der Landesregierung vom 6. November 2022 auf die schriftliche Anfrage des Abgeordneten Gerd Mannes (AfD) vom 13. Oktober 2022

Betreffend: Protestaktion in Bayern gegen Windkraft und Photovoltaik

LT-Drucksache 18/24890 vom 06.12.2022

→ [Zur Drucksache](#)

Antwort der Landesregierung vom 29. August 2022 auf die schriftliche Anfrage mehrerer Abgeordneter der AfD-Fraktion vom 2. August 2022

Betreffend: Schicksal des Konzepts des damaligen Staatsministers für Umwelt und Gesundheit Dr. Markus Söder: Bürger-Windanlagen

LT-Drucksache 18/23992 vom 29.11.2022

→ [Zur Drucksache](#)

c. Brandenburg

Kleine Anfrage des Abgeordneten Matthias Stefke (BVB/Freie Wähler) vom 6. Februar 2023

Betreffend: Erneuerbare Energie in Brandenburg – Verdient man mit der Windkraft sein Geld im Schlaf?

LT-Drucksache 7/7161 vom 06.02.2023

→ [Zur Drucksache](#)

Kleine Anfrage der Abgeordneten Lars Günther und Kathleen Muxel (AfD-Fraktion) vom 25. Januar 2023

Betreffend: Errichtung von Windindustrieanlagen im Landeswald

LT-Drucksache 7/7097 vom 25.01.2023

→ [Zur Drucksache](#)

Antwort der Landesregierung vom 23. Dezember 2022 auf die kleine Anfrage des Abgeordneten Steffen Kubitzki (AfD) vom 5. Dezember 2022

Betreffend: Zum Stand der Wind- und Solarenergieanlagen

LT-Drucksache 7/6956 vom 28.12.2022

→ [Zur Drucksache](#)

d. Hamburg

Antwort der Landesregierung vom 24. Januar 2023 auf die kleine Anfrage des Abgeordneten Sandro Kappe (CDU) vom 17. Januar 2023

Betreffend: Ausbau von Windkraftanlagen (WKA) in Hamburg?

LT-Drucksache 22/10665 vom 24.01.2023

→ [Zur Drucksache](#)

e. Hessen

Kleine Anfrage der Abgeordneten Gerald Kummer und Stephan Grüger (SPD) vom 7. Februar 2023

Betreffend: Rechtliche Rahmenbedingungen für Windkraft in Hessen

LT-Drucksache 20/10525 vom 07.02.2023

→ [Zur Drucksache](#)

f. Mecklenburg-Vorpommern

Antwort der Landesregierung vom 30. Januar 2023 auf die kleine Anfrage des Abgeordneten Thore Stein (AfD) vom 10. Januar 2023

Betreffend: Stellenausschreibung der Staatlichen Ämter für Landwirtschaft und Umwelt Mecklenburg-Vorpommern im Zusammenhang mit dem „Entwurf eines Gesetzes zur Regelung der naturschutzrechtlichen Zuständigkeit zur Beschleunigung des Ausbaus der Windenergie in Mecklenburg-Vorpommern“

LT-Drucksache 8/1731 vom 31.01.2023

→ [Zur Drucksache](#)

Antwort der Landesregierung vom 18. Januar 2023 auf die kleine Anfrage des Abgeordneten Wolfgang Waldmüller (CDU) vom 8. November 2022

Betreffend: Erstellung eines Windenergieerlasses für Mecklenburg-Vorpommern und andere notwendige Gesetzesänderungen

LT-Drucksache 8/1521 vom 18.01.2023

→ [Zur Drucksache](#)

Antwort der Landesregierung vom 4. Januar 2023 auf die kleine Anfrage des Abgeordneten Horst Förster (AfD) vom 12. Dezember 2022

Betreffend: Windpark am Tollensesee

LT-Drucksache 8/1681 vom 05.01.2023

→ [Zur Drucksache](#)

Antwort der Landesregierung vom 3. Dezember 2022 auf die kleine Anfrage des Abgeordneten Hannes Damm (Bündnis 90/Die Grünen) vom 17. Oktober 2022

Betreffend: Verfahrensbeschleunigung zur Genehmigung von Windenergieprojekten in den unteren Naturschutzbehörden

LT-Drucksache 8/1432 vom 05.12.2022

→ [Zur Drucksache](#)

Antwort der Landesregierung vom 3. Dezember 2022 auf die kleine Anfrage des Abgeordneten Hannes Damm (Bündnis 90/Die Grünen) vom 28. September 2022

Betreffend: Denkmalschutz und Windenergie

LT-Drucksache 8/1392 vom 05.12.2022

→ [Zur Drucksache](#)

g. Niedersachsen

Kleine Anfrage der Abgeordneten Laura Hopmann (CDU) vom 13. Februar 2023

Betreffend: Windflächenpotenzialstudie 2023: Windflächenziele für den Landkreis Hildesheim

LT-Drucksache 19/579 vom 17.02.2023

→ [Zur Drucksache](#)

Kleine Anfrage der Abgeordneten Omid Najafi, Ansgar Schledde und Marcel Queckemeyer (AfD) vom 13. Februar 2023

Betreffend: Windenergie im Redispatch – ein Ausbau von „Geisterstrom“?

LT-Drucksache 19/586 vom 17.02.2023

→ [Zur Drucksache](#)

Kleine Anfrage des Abgeordneten Dr. Frank Schmädeke (CDU) vom 14. Februar 2023

Betreffend: Beschleunigter Ausbau der Offshore-Windenergieerzeugung: Ist Niedersachsen ausreichend vorbereitet?

LT-Drucksache 19/553 vom 15.02.2023

→ [Zur Drucksache](#)

Kleine Anfrage des Abgeordneten Ansgar Georg Schledde (AfD) vom 13. Februar 2023

Betreffend: Einfluss von Windkraftanlagen (WKA) auf landwirtschaftliche Bodenpreise im Landkreis Ammerland

LT-Drucksache 19/550 vom 15.02.2023

→ [Zur Drucksache](#)

Kleine Anfrage der Abgeordneten Laura Hopmann (CDU) vom 9. Februar 2023

Betreffend: Wind-an-Land-Gesetz: Welche landesgesetzlichen Hemmnisse würden in Niedersachsen bei Verfehlung der Flächenbeitragswerte außer Kraft gesetzt?

LT-Drucksache 19/506 vom 13.02.2023

→ [Zur Drucksache](#)

Kleine Anfrage der Abgeordneten Uwe Dorendorf und Laura Hopmann (CDU) vom 20. Januar 2023

Betreffend: Wind im Wald: Wird die Landesregierung Kalamitätsflächen und historisch alte Waldstandorte als zusätzliche Potenzialflächen freigeben?

LT-Drucksache 19/372 vom 24.01.2023

→ [Zur Drucksache](#)

Kleine Anfrage des Abgeordneten Jonas Pohlmann (CDU) vom 13. Dezember 2022

Betreffend: Mehr Windenergie in Niedersachsen: Welche Ausbauziele hat die Landesregierung?

LT-Drucksache 19/155 vom 14.12.2022

→ [Zur Drucksache](#)

h. Nordrhein-Westfalen

Kleine Anfrage der Abgeordneten Zacharias Schalley und Andreas Keith (AfD) vom 23. Januar 2023

Betreffend: Gefahrenpotential von „Fiesen Fasern“ – Schädigen Windkraftanlagen Mensch und Natur?

LT-Drucksache 18/2667 vom 23.01.2023

→ [Zur Drucksache](#)

Antrag der CDU-Fraktion und Bündnis 90/Die Grünen Fraktion vom 13. Dezember 2022

Betreffend: Für Versorgungssicherheit, niedrige Strompreise, mehr Klimaschutz und Akzeptanz – Bessere Rahmenbedingungen für Windenergie in Nordrhein-Westfalen setzen

LT-Drucksache 18/2141 vom 13.12.2022

→ [Zur Drucksache](#)

i. Rheinland-Pfalz

Antrag der Fraktion Freie Wähler nach § 76 Abs. 2 GOLT vom 8. Februar 2023

Betreffend: Klagen bei Windkraftanlagen

LT-Drucksache 18/3326 vom 08.02.2023

→ [Zur Drucksache](#)

Antrag der Fraktion Freie Wähler nach § 76 Abs. 2 GOLT vom 4. Februar 2023

Betreffend: Windkraft schlägt Datenschutz

LT-Drucksache 18/3299 vom 04.02.2023

→ [Zur Drucksache](#)

Kleine Anfrage des Abgeordneten Nico Steinbach (SPD) vom 27. Januar 2023

Betreffend: Ausbau der Windenergie im Eifelkreis Bitburg-Prüm/Darstellung des aktuellen Ausbaustandes in den einzelnen Verbandsgemeinden sowie aktuelle Planungen

LT-Drucksache 18/5331 vom 31.01.2023

→ [Zur Drucksache](#)

Kleine Anfrage des Abgeordneten Andreas Hartenfels (fraktionslos) vom 27. Januar 2023

Betreffend: Solaroffensive und Windkraftausbau beschleunigen – Raumordnung und Verfahrensvereinfachung

LT-Drucksache 18/5328 vom 31.01.2023

→ [Zur Drucksache](#)

Kleine Anfrage des Abgeordneten Markus Wolf (CDU) vom 19. Januar 2023

Betreffend: Genehmigung von neuen Windkraftanlagen

LT-Drucksache 18/5266 vom 24.01.2023

→ [Zur Drucksache](#)

Antwort der Landesregierung vom 30. November 2022 auf die kleine Anfrage des Abgeordneten Dr. Joachim Streit (Freie Wähler) vom 11. November 2022

Betreffend: Klagen bei Windkraftanlagen

LT-Drucksache 18/4886 vom 18. 01.2023

→ [Zur Drucksache](#)

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nach § 76 Abs. 2 GOLT vom 9. Januar 2023
Betreffend: Umsetzung des neuen Wind-an-Land-Gesetzes zur Beschleunigung des Ausbaus der Windenergie

LT-Drucksache 18/3113 vom 09.01.2023

→ [Zur Drucksache](#)

Antwort der Landesregierung vom 13. Dezember 2022 auf die kleine Anfrage des Abgeordneten Patrick Kunz (Freie Wähler) vom 21. November 2022

Betreffend: Geplante Windkraftanlagen im Wahlkreis 39

LT-Drucksache 18/4971 vom 16.12.2022

→ [Zur Drucksache](#)

Antwort der Landesregierung vom 29. November 2022 auf die kleine Anfrage des Abgeordneten Ralf Schönborn (AfD) vom 8. November 2022

Betreffend: Eigenstromverbrauch und Windenergieanlagen

LT-Drucksache 18/4879 vom 02.12.2022

→ [Zur Drucksache](#)

j. Sachsen

Antwort der Landesregierung vom 7. Februar 2023 auf die kleine Anfrage des Abgeordneten Thomas Prantl (AfD) vom 10. Januar 2023

Betreffend: Windpark Jöhstadt

LT-Drucksache 7/12074 vom 07.02.2023

→ [Zur Drucksache](#)

Antwort der Landesregierung vom 3. Februar 2023 auf die kleine Anfrage des Abgeordneten Dr. Rolf Weigand (AfD) vom 11. Januar 2023

Betreffend: Auslastung von Windkraftanlagen im Landkreis Mittelsachsen – Nachfrage zu Drs 7/11354

LT-Drucksache 7/12100 vom 03.02.2023

→ [Zur Drucksache](#)

Kleine Anfrage des Abgeordneten Thomas Prantl (AfD) vom 25. Januar 2023

Betreffend: Windkraft im Wald in Sachsen

LT-Drucksache 7/12302 vom 25.01.2023

→ [Zur Drucksache](#)

Kleine Anfrage des Abgeordneten Jörg Urban (AfD) vom 16. Januar 2023

Betreffend: Nachfrage zu 7/9940 „Rückbau von Windenergieanlagen in Sachsen“

LT-Drucksache 7/12182 vom 16.01.2023

→ [Zur Drucksache](#)

k. Thüringen

Antwort der Landesregierung vom 5. Dezember 2022 auf die kleine Anfrage der Abgeordneten Hoffmann (AfD) vom 8. Februar 2023

Betreffend: Sitz respektive Hauptsitz der Betreiber von Windenergieanlagen und Windparks in Thüringen

LT-Drucksache 7/7294 vom 21.02.2023

→ [Zur Drucksache](#)

Antwort der Landesregierung vom 24. Januar 2023 auf die kleine Anfrage der Abgeordneten Hoffmann (AfD) vom 6. Dezember 2022

Betreffend: Unwirksamkeit der Windvorranggebiete in der Planungsregion Mittelthüringen

LT-Drucksache 7/7226 vom 08.02.2023

→ [Zur Drucksache](#)

Antwort der Landesregierung vom 31. Januar 2023 auf die kleine Anfrage der Abgeordneten Hoffmann (AfD) vom 12. Dezember 2022

Betreffend: Nutzung von (eigenen) Windkraftanlagen durch Unternehmen in Thüringen

LT-Drucksache 7/7250 vom 07.02.2023

→ [Zur Drucksache](#)

Kleine Anfrage der Abgeordneten Hoffmann (AfD) vom 18. Januar 2023

Betreffend: Rückbau von Windkraftanlagen in Thüringen – nachgefragt

LT-Drucksache 7/4272 vom 31.01.2023

→ [Zur Drucksache](#)

Antwort der Landesregierung vom 26. Januar 2023 auf die kleine Anfrage der Abgeordneten Hoffmann (AfD) vom 29. November 2022

Betreffend: Widerspruchsverfahren gegen Genehmigungen von Windkraftanlagen in Thüringen

LT-Drucksache 7/7246 vom 31.01.2023

→ [Zur Drucksache](#)

Antwort der Landesregierung vom 6. Januar 2023 auf die kleine Anfrage der Abgeordneten Hoffmann (AfD) vom 29. November 2022

Betreffend: Auswirkung von Bau und Betrieb von Windkraftanlagen auf den Thüringer Auerwildbestand

LT-Drucksache 7/7080 vom 12.01.2023

→ [Zur Drucksache](#)

Antwort der Landesregierung vom 4. Januar 2023 auf die kleine Anfrage der Abgeordneten Hoffmann (AfD) vom 29. November 2022

Betreffend: Auswirkung von Bau und Betrieb von Windkraftanlagen auf den Thüringer Auerwildbestand

LT-Drucksache 7/7080 vom 12.01.2023

→ [Zur Drucksache](#)

Antwort der Landesregierung vom 6. Januar 2023 auf die kleine Anfrage der Abgeordneten Hoffmann (AfD) vom 15. November 2022

Betreffend: Anschluss von Windkraftanlagen an das örtliche Stromnetz in Thüringen

LT-Drucksache 7/7074 vom 11.01.2023

→ [Zur Drucksache](#)

Antwort der Landesregierung vom 4. Januar 2023 auf die kleine Anfrage der Abgeordneten Hoffmann (AfD) vom 15. November 2023

Betreffend: Anschluss von Windkraftanlagen an das örtliche Stromnetz in Thüringen

LT-Drucksache 7/7074 vom 11.01.2023

→ [Zur Drucksache](#)

Antwort der Landesregierung vom 3. Januar 2023 auf die kleine Anfrage der Abgeordneten Hoffmann (AfD) vom 15. November 2022

Betreffend: Auswirkungen des Urteils des Bundesverfassungsgerichts über das ausnahmslose Verbot von Windkraftanlagen im Wald für Thüringen

LT-Drucksache 7/7068 vom 10.01.2023

→ [Zur Drucksache](#)

Antwort der Landesregierung vom 3. Januar 2023 auf die kleine Anfrage der Abgeordneten Hoffmann (AfD) vom 15. November 2022

Betreffend: Entwicklung und aktueller Stand der Windvorranggebiete in Thüringen

LT-Drucksache 7/7067 vom 10.01.2023

→ [Zur Drucksache](#)

Antwort der Landesregierung vom 3. Januar 2023 auf die kleine Anfrage der Abgeordneten Hoffmann (AfD) vom 14. November 2022

Betreffend: Entwicklung und aktueller Stand der Windvorranggebiete in Thüringen

LT-Drucksache 7/7067 vom 10.01.2023

→ [Zur Drucksache](#)

III. Aktuelle Rechtsprechung

1. Bundesverwaltungsgericht

BVerwG mit Beschluss vom 16. Dezember 2022 – 7 B 12/22

Erfolglose Beschwerde gegen die Nichtzulassung der Revision gegen das Urteil der Vorinstanz

Aus dem Inhalt: Zur Anstoßfunktion einer öffentlichen Bekanntmachung nach § 10 Abs. 8 Satz 2 i. V. m. Abs. 3 Satz 1 BImSchG, ausreichend ist eine Gesamtbetrachtung, ob die Publikationen eine hinreichende Anstoßwirkung gewährleisten, zum Hinweis auf das Vorhandensein von Auflagen bzw. Nebenbestimmungen in der Genehmigung

BVerwG mit Beschluss vom 8. Dezember 2022 – 7 B 20/22

Erfolglose Beschwerde gegen die Nichtzulassung der Revision gegen das Urteil der Vorinstanz

Aus dem Inhalt: Zu den Anforderungen an die Einzelfallwürdigung der tatsächlichen Umstände in Bezug darauf, ob von einer WEA eine optisch bedrängende Wirkung der benachbarten Wohnbebauung ausgeht

2. Oberverwaltungsgerichte/Verwaltungsgerichtshöfe

OVG Bautzen mit Urteil vom 24. November 2022 – 1 C 84/21

Erfolgloser Normenkontrollantrag gegen einen Flächennutzungsplan

Aus dem Inhalt: Zur Frage des Vorliegens einer verbindlichen Konzentrationsflächenplanung mit den Rechtswirkungen des § 35 Abs. 3 S. 3 BauGB im Falle eines Verweises auf eine Ausschlussplanung im Regionalplan in der Begründung des Flächennutzungsplans

OVG Bautzen mit Urteil vom 24. November 2022 – 1 C 69/21

Erfolgreicher Normenkontrollantrag gegen die Veränderungssperre für den Geltungsbereich eines in Aufstellung befindlichen Bebauungsplans „Sondergebiet Photovoltaik K.“

Aus dem Inhalt: Zum erforderlichen Mindestmaß der Bestimmtheit der künftigen Planung für den Erlass einer Veränderungssperre

OVG Berlin mit Beschluss vom 24. Januar 2023 – OVG 3a S 1/23

Erfolgloser Antrag auf Anordnung der aufschiebenden Wirkung der Klage gegen die immissionsschutzrechtliche Änderungsgenehmigung für die Errichtung und Betrieb von drei WEA

Aus dem Inhalt: Zur Anwendbarkeit des § 63 BImSchG auf Änderungsgenehmigungen; Typänderung der ursprünglich genehmigten, aber nicht schon errichteten WEA im Wege einer Änderungsgenehmigung

OVG Lüneburg mit Beschluss vom 30. Januar 2023 – 12 MS 134/22

Erfolgreicher Antrag auf Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung des Widerspruchs gegen den Bescheid über die erneute Zurückstellung eines Antrages auf Erteilung eines immissionsschutzrechtlichen Vorbescheids in Bezug auf die bauplanungsrechtliche und die luftverkehrsrechtliche Zulässigkeit der Errichtung und des Betriebs von fünf WEA

Aus dem Inhalt: Zum Fehlverhalten einer Kommune, das die erneute Zurückstellung nach § 15 Abs. 3 Satz 4 BauGB ausschließt und das vor der ersten Zurückstellung seinen Ursprung hat; zur Erforderlichkeit der Aufklärung des Sachverhalts durch die Genehmigungsbehörde als Voraussetzung für die erneute Zurückstellung nach § 15 Abs. 3 Satz 4 BauGB; (keine) Zurückstellung eines Antrags auf Erteilung eines immissionsschutzrechtlichen Vorbescheids, wenn dieser Vorbescheidsantrag unschwer erkennbar ablehnungsreif ist

OVG Lüneburg mit Urteil vom 28. Dezember 2022 – 12 KN 101/20

Erfolgreicher Normenkontrollantrag gegen das als Satzung beschlossene regionale Raumordnungsprogramm, welches Gebiete festlegt, in denen WEA ausschließlich verwirklicht werden dürfen

Aus dem Inhalt: Zur Unzulässigkeit der nachträglichen Modifizierung der den Satzungsbeschluss tragenden Abwägungsgrundlagen; zu den Voraussetzungen, unter denen eine Fläche zum Vorranggebiet für die Windenergienutzung festgelegt werden kann, wenn sie sich im Bereich einer Hubschraubertiefflugstrecke der Bundeswehr befindet und der genaue Verlauf des Korridors dieser Strecke dem Plangeber nicht bekannt ist

OVG Münster mit Beschluss vom 28. Dezember 2022 – 8 D 344/21.AK

Erfolgreiche Kostenerinnerung betreffend die Erstattungsfähigkeit von Rechtsanwaltskosten im Rahmen einer Klage gegen eine immissionsschutzrechtliche Genehmigung zur Errichtung und zum Betrieb von drei WEA

Aus dem Inhalt: Zur Erstattungsfähigkeit der Vergütung eines vor Eingang der Klagebeurteilung beauftragten Prozessbevollmächtigten der Beklagten

OVG Münster mit Urteil vom 15. Dezember 2022 – 7 D 301/21.AK

Erfolgreiche Drittanfechtungsklage gegen die Verlängerung der Frist zur Errichtung und zum Betrieb von vier WEA

Aus dem Inhalt: Zur Frage der drittschützenden Wirkung des § 18 Abs. 3 BImSchG (Fristverlängerung bzgl. Erlöschen der Genehmigung)

OVG Münster mit Beschluss vom 8. Dezember 2022 – 8 B 660/22.AK

Erfolgreicher Antrag auf Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung der Klage gegen die Erteilung einer immissionsschutzrechtlichen Genehmigung für die Errichtung und den Betrieb von drei WEA

Aus dem Inhalt: Zum Entfallen des Überwiegens des Interesses der Standortgemeinde an der Wahrung ihrer verfassungsrechtlich geschützten gemeindlichen Planungshoheit nach Erlass eines Zurückstellungsbescheides, Wegfall der Erforderlichkeit der Zurückstellung zur Sicherung einer Planung

OVG Münster mit Urteil vom 29. November 2022 – 22 A 1184/18

Erfolgreiche Drittanfechtungsklage gegen die Genehmigung für die Errichtung und den Betrieb von elf WEA

Aus dem Inhalt: Zur (erstmaligen) Anwendung der Sondervorschrift des § 45b Abs. 1 bis 6 BNatSchG im Rahmen der artenschutzrechtlichen Prüfung auch noch im verwaltungsgerichtlichen Verfahren, sofern der Vorhabenträger dies nach § 74 Abs. 5 BNatSchG verlangt; zur Herabsetzung des Tötungsrisikos für den Rotmilan unter die Signifikanzschwelle durch Schutzmaßnahmen; zur Einordnung des Mäusebussards, der Feldlerche und der Wachtel als nicht kollisionsgefährdete Brutvogelart, zur Meidedistanz des Mornellregenpfeifers gegenüber WEA; zur Berücksichtigung des spezifischen Verhaltens beim Anflug auf einen Rastplatz bei der Prüfung der Verfüg- und Erreichbarkeit von alternativen Rastflächen des Mornellregenpfeifers „im räumlichen Zusammenhang“ gemäß § 44 Abs. 5 Satz 2 Nr. 3 BNatSchG; zur Vereinbarkeit des § 45 Abs. 7 Satz 1 i. V. m. § 45b Abs. 8 Nr. 1 BNatSchG mit Art. 9 Abs. 1 der Vogelschutzrichtlinie; zum Maßstab der Plausibilität bei der Prüfung nach § 45 Abs. 7 Satz 2 i. V. m. § 45b Abs. 8 Nr. 3 BNatSchG, ob innerhalb eines Radius von 20 Kilometern um das Vorhaben zumutbare Alternativen nicht gegeben sind

OVG Münster mit Urteil vom 27. Oktober 2022 – 22 D 64/21.AK

Erfolgreiche Drittanfechtungsklage gegen die Genehmigung für die Errichtung und den Betrieb von zwei WEA

Aus dem Inhalt: Zur Einhaltung der Immissionsrichtwerte der TA Lärm auf der Grundlage vorgelegter Schallimmissionsprognosen; zur unzumutbaren Beeinträchtigung durch Schlagschatten und Blinklicht; zu unzumutbaren optisch bedrängenden Wirkungen; zum Drittschutz naturschutzrechtlicher Vorschriften

OVG Münster mit Urteil vom 27. Oktober 2022 – 22 D 362/21.AK

Erfolgreiche Drittanfechtungsklage gegen die immissionsschutzrechtliche Genehmigung für die Errichtung und den Betrieb von zwei WEA

Aus dem Inhalt: Erhebliche Belästigungen im Sinne des § 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 BImSchG (Lärm und Infraschall); zur optisch bedrängenden Wirkung; zur Erforderlichkeit einer Betrachtung der Gesamtbelastung aller optischen und akustischen Störwirkungen

OVG Münster mit Urteil vom 27. Oktober 2022 – 22 D 363/21.AK

Erfolgreiche Klage gegen die immissionsschutzrechtliche Genehmigung für die Errichtung und den Betrieb von zwei WEA

Aus dem Inhalt: Zur optisch bedrängenden Wirkung unter Berücksichtigung bauordnungsrechtlicher Abstandsvorgaben, § 2 S. 2 EEG und Art. 20a GG

OVG Münster mit Urteil vom 27. Oktober 2022 – 22 D 243/21.AK

Erfolgreiche Verpflichtungsklage zur Neubescheidung des Antrags auf Erteilung einer immissionsschutzrechtlichen Genehmigung für die Errichtung und den Betrieb einer WEA unter Aufhebung des ablehnenden Bescheids

Aus dem Inhalt: Zur Anwendbarkeit des § 6 Satz 1 UmwRG auf Klagen zur Neubescheidung; zur Gewährleistung der Genehmigungsvoraussetzungen des § 6 Abs. 1 BImSchG (nur durch Nebenbestimmungen nach § 12 Abs. 1 Satz 1 BImSchG; zur Vermeidung der tatbestandlichen Voraussetzungen des § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG durch brutzeitbezogene Abschaltungen einer Anlage (Rotmilan, Schwarzstorch); zur Berücksichtigung einer Habitatpotenzialanalyse trotz des Umstandes, dass der Leitfaden "Umsetzung des Arten- und Habitatschutzes bei der Planung und Genehmigung von Windenergieanlagen in Nordrhein-Westfalen" vom 10. November 2017 die Habitatpotenzialanalyse im Gegensatz zur Raumnutzungsanalyse nicht ausdrücklich erwähnt

OVG Münster mit Urteil vom 27. Oktober 2022 – 22 D 247/21.AK

Erfolgreiche Drittanfechtungsklage gegen die immissionsschutzrechtliche Genehmigung für die Errichtung und den Betrieb von zwei WEA

Aus dem Inhalt: Erhebliche Belästigungen im Sinne des § 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 BImSchG (Lärm und Infraschall); zur optisch bedrängenden Wirkung unter Berücksichtigung bauordnungsrechtlicher Abstandsvorgaben, § 2 S. 2 EEG und Art. 20a GG

OVG Saarlouis mit Urteil vom 13. Dezember 2022 – 2 A 54/22

Erfolgreiche Berufung nach Abweisung der Fortsetzungsfeststellungsklage zur Feststellung der Rechtswidrigkeit einer teilweisen Untersagung des Betriebs einer WEA

Aus dem Inhalt: Zum Feststellungsinteresse aufgrund Wiederholungsgefahr und aufgrund des Verweises auf eine beabsichtigte Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen von den Zivilgerichten. Für eine ganz oder teilweise Untersagung gemäß § 20 Abs. 1 Satz 1 BImSchG spielt es keine Rolle, ob es sich um eine Immissionsschutzaufgabe oder eine Auflage zur Erfüllung anderer öffentlich-rechtlicher Vorschriften (hier § 44 BNatSchG, fehlender „unattraktiver“ Bewuchs für den Rotmilan auf den Flächen um die WEA) handelt; zur Bestimmtheit sowie zur richtigen Adressierung der Untersagung

OVG Schleswig mit Urteil vom 31. Januar 2023 – 6 A 241/18

Erfolgreiche Drittanfechtungsklage gegen eine immissionsschutzrechtliche Änderungs-genehmigung zum Betrieb einer WEA

Aus dem Inhalt: Zur Frage der Standsicherheit gemäß § 13 Abs. 1 LBauO; erhebliche Belästigungen im Sinne des § 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 BImSchG (Erschütterungswirkungen einer WEA)

OVG Schleswig mit Beschluss vom 23. Januar 2023 – 5 KN 28/21

Erfolgreicher Antrag auf Beiladung eines Windkraftbetreibers zu einem Normenkontrollverfahren betreffend einen Raumordnungsplan

Aus dem Inhalt: Ablehnung der Beiladung, sofern sie zur Folge hätte, dass die Zahl der nach dem Grundsatz der Gleichbehandlung Beizuladenden unübersehbar groß wäre

OVG Schleswig mit Urteil vom 23. November 2022 – 5 KS 19/21

Erfolgreiche Drittanfechtungsklage gegen drei Genehmigungsbescheide für die Errichtung und den Betrieb von WEA

Aus dem Inhalt: Erhebliche Belästigungen im Sinne des § 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 BImSchG (Lärm und Infraschall); zur optisch bedrängenden Wirkung

VGH Kassel mit Beschluss vom 10. Februar 2023 – 9 B 247/22.T

Erfolgreicher Antrag auf Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung der Klage gegen den Bescheid für die Herstellung einer Zuwegung zu einem Windpark

Aus dem Inhalt: Zum Abwägungsgebot des § 9 Abs. 1 Satz 2 BWaldG unter Berücksichtigung des § 2 S. 2 EEG; keine Erstreckung des Anwendungsbereichs der § 63 BImSchG auf Genehmigungen mit einer Rechtsgrundlage außerhalb des Bundesimmissionsschutzgesetzes; zur Erforderlichkeit einer Baugenehmigung gemäß § 62 Abs. 1 Satz 1 HBO für den grundhaften Aus- und Neubau eines forstlichen Wegenetzes

VGH Kassel mit Entscheidung vom 5. Januar 2023 – 9 B 234/22.T

Teilweise erfolgreicher Antrag auf vorläufige Anordnung der aufschiebenden Wirkung der Klage gegen die immissionsschutzrechtliche Genehmigung von 18 WEA im Wege einer Zwischenverfügung

Aus dem Inhalt: Artenschutzrechtliches Zugriffsverbot im Sinne des § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG, zur Vergrämung der Haselmaus allein durch – aus der fortschreitenden Sukzession resultierende – geeignete Habitatstrukturen im angrenzenden Bereich; zur Auslegung des Inhaltes von Nebenbestimmungen eines immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsbescheids

VGH Mannheim mit Beschluss vom 19. Dezember 2022 – 10 S 2295/22

Erfolgloser Antrag auf Anordnung der aufschiebenden Wirkung der Klage gegen die immissionsschutzrechtliche Genehmigung für die Errichtung und den Betrieb von fünf WEA

Aus dem Inhalt: Zur Frage der Erforderlichkeit der Ausweitung einer zum Schutz windkraftsensibler Vogelarten (Rotmilan) verfügten pauschalen Abschaltung von fünf WEA

VGH Mannheim mit Urteil vom 8. Dezember 2022 – 14 S 1082/22

Erfolglose Klage gegen die Zulassung einer raumordnungsrechtlichen Zielabweichung für einen geplanten Windpark auf dem Gebiet einer Nachbargemeinde

Aus dem Inhalt: Zur drittschützenden Wirkung des § 6 Abs. 2 Satz 1 ROG und § 24 Satz 1 LplG

VGH Mannheim mit Beschluss vom 10. November 2022 – 10 S 1312/22

Erfolgloser Antrag auf Anordnung der aufschiebenden Wirkung der Klage gegen die immissionsschutzrechtliche Genehmigung zur Errichtung und zum Betrieb von fünf WEA

Aus dem Inhalt: Zum Rechtsschutzbedürfnis in den Fällen, in denen der Antrag auf einstweiligen Rechtsschutz erst weit nach Erhebung der Klage gestellt wird; zur Frage der Erforderlichkeit einer Umweltverträglichkeitsvorprüfung in den Fällen, in denen der Vorhabenträger gemäß § 7 Abs. 3 Satz 1 UVPG die Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung beantragt

3. Verwaltungsgericht

VG Minden, Urteil vom 16. November 2022 – 9 K 5579/21

Erfolgreiche Klage gegen eine naturschutzrechtliche Ordnungsverfügung, mit der die Unbrauchbarmachung und Beseitigung einer Nisthilfe für Störche auferlegt wird

Aus dem Inhalt: Zum Verstoß gegen das Tötungsverbot in § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG durch Nisthilfen für Störche in einer Entfernung von 200 m bzw. 480 m zu WEA

4. Zivilgericht

OLG Düsseldorf mit Beschluss vom 18. Januar 2023 – VI-3 Kart 24/22

Erfolgreiche Beschwerde gegen eine Entscheidung der Bundesnetzagentur

Aus dem Inhalt: Zuordnungsgegenstand der für Windenergieanlagen an Land erteilten Zuschläge sind alle Anlagen, auf die sich die in dem Gebot angegebene immissionsschutzrechtliche Genehmigung bezieht. Eine Konkretisierung des Zuschlags nach Errichtung und Inbetriebnahme einer Anlage durch Meldung der EEG-Nummer ans Marktstammdatenregister findet nicht statt. Der Zuschlag erlischt daher nicht „aus sonstigem Grund“ i.S.v. § 25a Abs. 1 Nr. 4 EEG 2017, weil die Anlage nach Inbetriebnahme zerstört wurde, sofern die Anlage auf Grundlage einer auf die ursprüngliche Genehmigung bezogenen Änderungsgenehmigung durch Neubau ersetzt wird.

IV. Literatur

1. Juristische Aufsätze und Beiträge

Anker, Helle Tegner/Olsen, Birgitte Egelund

EU Species Protection Law and Wind Energy: Current Challenges and Danish Experiences

European Energy and Environmental Law Review 2023, Volume 32, Issue 1, S. 36-46

Aus dem Inhalt: „This article highlights certain challenges as regards the reconciliation between concerns of climate change, energy security and biodiversity protection, drawing on case law of the Court of Justice of the European Union (CJEU) and the Danish experiences regarding onshore wind energy installations. The EU species protection rules are by many perceived as an obstacle to wind energy development as also reflected in the 2022 Commission proposal to amend the Renewable Energy Directive. However, it is not evident that the proposal will solve the challenges of accommodating the strict direct species protection of, in particular, Annex IV species and birds against deliberate killing or disturbance as determined by the CJEU. The article suggests that rather than setting aside the general environmental impact assessment (EIA) and appropriate assessment requirements for Natura 2000 sites, there is a need to revisit the Birds and Habitats Directives, in particular as regards ‘deliberate killing or disturbance’ caused by non-intentional activities with a view to the population level as opposed to the individual specimen level.“

Burkert, Bernhard

Das Wind-an-Land-Gesetz – die neuen planungsrechtlichen Grundlagen für den Ausbau der Windenergie

Recht der Erneuerbaren Energie (REE) 2022, Heft 4, S. 169-174

Aus dem Inhalt: „Seit 2018 ist die Zahl der neu errichteten Windenergieanlagen in Deutschland rückläufig, was vor allem auch auf die fehlende Verfügbarkeit planerisch ausgewiesener Flächen zurückgeführt wird. [...] Um vor diesem Hintergrund und mit Blick auf die Erreichung der ambitionierten Ausbauziele des EEG 2023 den Ausbau der Windenergie an Land deutlich zu beschleunigen, sieht das Wind-an-Land-Gesetz zusätzliche „flankierende Maßnahmen“ vor, die die wesentlichen - gemeint sind planungsrechtliche - Hemmnisse für den Windenergieausbau beseitigen sollen. Dazu werden mit dem WindBG verbindliche Flächenziele eingeführt, die von den Ländern durch die Ausweisung neuer Windenergieflächen umzusetzen sind. Außerdem beinhaltet das Wind-an-Land-Gesetz weitreichende Änderungen des BauGB, mit denen die Flächenziele des WindBG in die Systematik des Planungsrechts integriert werden.“

Christiansen, Silke/Michaelis, Peer

Die EU-Notfallverordnung – Regelungen zur Beschleunigung des Ausbaus der erneuerbaren Energien – Eine Einführung in die Thematik

Januar 2023

Aus dem Inhalt: „Die EU-NotfallVO ist seit dem 30. Dezember 2022 in Kraft und ist für alle Mitgliedstaaten unmittelbar bindend, das heißt, ein weiterer Umsetzungsakt auf Ebene der Mitgliedstaaten ist grundsätzlich nicht erforderlich. Sie ist ohne Beteiligung des Europäischen Parlaments auf Vorschlag der Europäischen Kommission (EU-KOM) und durch Beschluss des Rates der Europäischen Union in der Formation ‚Verkehr, Telekommunikation und Energie‘ zustande gekommen. Von der befristet auf eineinhalb Jahre geltenden Verordnung sind hierzulande Auswirkungen auf die rechtlichen Rahmenbedingungen des Ausbaus der erneuerbaren Energien zu erwarten.“

Decker, Andreas

Die geplante Änderung der 10-H-Regelung in Bayern – Reform oder bloßes Alibi

Zeitschrift für deutsches und internationales Vergaberecht (ZfBR) 2022, Heft 8, S. 735-748

Aus dem Inhalt: „Durch das Gesetz zur Einführung einer Länderöffnungsklausel zur Vorgabe von Mindestabständen zwischen Windenergieanlagen und zulässigen Nutzungen vom 15.7.2014 hat § 249 BauGB mit Wirkung ab 1.8.2014 einen Abs. 3 erhalten. Dieser räumte den Ländern die – bis zum 31. 12. 2015 – befristete Befugnis ein, durch Landesgesetz zu bestimmen, dass § 35 Abs. 1 Nr. 5 BauGB auf Vorhaben, die der Erforschung, Entwicklung oder Nutzung der Windenergie dienen, nur Anwendung findet, wenn sie einen bestimmten Abstand zu den im Landesgesetz bezeichneten zulässigen baulichen Nutzungen einhalten.“

Faßbender, Kurt/Brade, Alexander

Die jüngsten Rechtsetzungsaktivitäten auf EU- und Bundesebene zur Beschleunigung des Ausbaus der Windenergie an Land

Zeitschrift für Natur und Recht (NuR) 2022, Heft 12, S. 813-817

Aus dem Inhalt: „Der Bundestag hat am 7.7.2022 eine Reihe von Gesetzesänderungen beschlossen, die auf eine Beschleunigung des Ausbaus der erneuerbaren Energien abzielen. Wenige Wochen zuvor hat die EU-Kommission am 18.5.2022 einen Vorschlag vorgelegt, der Änderungen der Erneuerbare-Energien-Richtlinie vorsieht, die sich u. a. mit der Festlegung von Gebieten für den weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien und mit der Anwendung des (sonstigen) europäischen Umweltrechts, v. a. des Naturschutzrechts beim Ausbau der erneuerbaren Energien befassen. Der nachfolgende Beitrag skizziert zunächst die hierzu vorgeschlagenen Änderungen und befasst sich sodann am Beispiel des Ausbaus der Windenergie an Land mit den Folgen für die neuen Regelungen auf Bundesebene.“

Fellenberg, Frank

Zur Anwendbarkeit des Prüfungsmaßstabs aus § 45b BNatSchG auf bereits bestandskräftig zugelassene Windenergieanlagen – Rechtliche Stellungnahme im Auftrag des KNE

Januar 2023

Aus dem Inhalt: „Das Vierte Gesetz zur Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes (BNatSchG) vom 20. Juli 2022 enthält Neuregelungen, die Genehmigungsverfahren für Windenergieanlagen an Land vereinfachen und beschleunigen sollen. Es legt bundeseinheitliche und bindende Vorgaben zur Beurteilung fest, ob sich das Tötungs- und Verletzungsrisiko für Brutvögel beim Betrieb von WEA im Umfeld ihrer Brutplätze signifikant erhöht. [...] Für das Kompetenzzentrum war für die Gutachtenvergabe allein die Fragestellung leitend, inwiefern sich gerichtlich oder gesetzgeberisch zu klärende Fragen aus den Neuregelungen ergeben. Das Gutachten geht dabei nicht auf die Konsequenzen für den Artenschutz ein, das war nicht Auftrag des Gutachters.“

Frank, Oliver/Rolshoven, Michael

Die Novelle des Bundesnaturschutzgesetzes zur Windenergie an Land – mehr Schatten als Licht?

Zeitschrift für neues Energierecht (ZNER) 2022, Heft 6, S. 535-547

Aus dem Inhalt: „Wer mit der Projektierung von Windenergieanlagen (WEA) zu tun hat, wird sich mit den Neuregelungen im Vierten Gesetz zur Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes (4. BNatSchGÄndG) zur Windenergie an Land, insbesondere zu kollisionsgefährdeten Brutvogelarten, Signifikanz und Ausnahme (§45b nebst Anlagen), zum Repowering (§ 45c) und zu Landschaftsschutzgebieten (§ 26 Abs. 3) befassen müssen. Der nachfolgende Beitrag geht auf diese und weitere Neuerungen der jüngsten BNatSchG-Novelle ein und untersucht, ob dadurch - wie vom Gesetzgeber beabsichtigt - Genehmigungsverfahren von WEA vereinfacht und beschleunigt sowie erteilte Genehmigungen rechtssicherer werden.“

Meurers, David

„Wind-an-Land-Gesetz“: Einführung in die Neuordnung des Planungsrechts zur Ausweitung von Windenergiegebieten

Umwelt- und Planungsrecht (UPR) 2023, Heft 2, S. 41-48

Aus dem Inhalt: „Am 28. Juli 2022 ist das Gesetz zur Erhöhung und Beschleunigung des Ausbaus von Windenergieanlagen an Land (sogenanntes „Wind-an-Land-Gesetz“) im Bundesgesetzblatt verkündet worden. Es wird am 1. Februar 2023 in Kraft treten. In seinem Artikel 1 enthält es ein neues Stammgesetz mit der Kurzbezeichnung „Windenergieflächenbedarfsgesetz“ (WindBG) sowie – in Artikel 2 – weitreichende Änderungen der Regelungen des Baugesetzbuchs über die planungsrechtliche Zulässigkeit von Windenergieanlagen, die sich ebenfalls auf die Aufstellung von Raumordnungs- und Bauleitplänen mit einer planerischen Steuerung von Windenergieanlagen auswirken.“

Rheinschmitt, Christoph

Anmerkung zu BVerfG, B. v. 27.09.2022 – 1 BvR 2661/21 – (Erfolgreiche Verfassungsbeschwerde gegen ausnahmsloses Verbot von Windenergieanlagen in Waldgebieten)

Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht (NVwZ) 2022, Heft 24, S. 1901 – 1902

Aus dem Inhalt: „Das BVerfG hatte in einer Verfassungsbeschwerde über die Verfassungsmäßigkeit des § 10 I 2 Thüringer Waldgesetz (ThürWaldG) zu entscheiden. Nach § 10 I 1 ThürWaldG dürfen Waldgebiete nur nach vorheriger Genehmigung der unteren Forstbehörde in eine andere Nutzungsart umgewandelt werden. Vor der Novellierung des ThürWaldG im Jahr 2020 (ThürGVBl. 2020, 647 (665)) konnten Vorhabenträger solche Waldumwandelungsgenehmigungen für die geplante Errichtung von Windenergieanlagen im Wald erhalten. Der neue Zusatz in § 10 I 2 ThürWaldG erklärte dieses Vorgehen explizit für unzulässig. Mit anderen Worten: Der thüringische Gesetzgeber hat ein technologiespezifisches, generelles und ausnahmsloses Verbot von Windenergieanlagen in Waldgebieten erlassen. Dagegen hatten betroffene Waldeigentümerinnen und -eigentümer Verfassungsbeschwerde erhoben, die sich auf ihre Eigentumsfreiheit nach Art. 14 I GG berufen haben. Für sie, die ohnehin schon durch den Borkenkäfer bereits wirtschaftlich beeinträchtigt waren, fielen mit dem Verbot zusätzliche potenzielle Einnahmequellen weg.

Rieger, Wolfgang

Neue Regelungen für die Prüfung der artenschutzrechtlichen Vorschriften im Rahmen der Genehmigung von Windenergieanlagen an Land – der neue § 45 BNatSchG

Zeitschrift für Umwelt- und Planungsrecht (UPR) 2022, Heft 12, S. 453-461

Aus dem Inhalt: „Die vorliegende Abhandlung beschränkt sich auf eine Darstellung der sich aus § 45b BNatSchG ergebenden Neuerungen. Im Vordergrund stehen dabei die auf die Prüfung des artenschutzrechtlichen Tötungsverbots bezogenen Regelungen in § 45b Abs. 1 bis 5 BNatSchG sowie die besonderen Regelungen für die Zulassung einer artenschutzrechtlichen Ausnahme in § 45b Abs. 8 und 9 BNatSchG.“

Sailer, Frank

Der rechtliche Rahmen für probabilistische Ansätze bei der artenschutzrechtlichen Signifikanzbewertung

Zeitschrift für Natur und Recht (NuR) 2023, Heft 45, S. 78-84

Aus dem Inhalt: „Mit der sog. Rotmilan-Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) von 2018 forderte das Gericht den Gesetzgeber auf, für eine Maßstabsbildung bei der artenschutzrechtlichen Prüfung zu sorgen, solange das Gesetz auf ungeklärte fachwissenschaftliche Zusammenhänge verweise, diese aber längerfristig ungeklärt seien. Im Zuge dieser Maßstabsbildung beim artenschutzrechtlichen Tötungsverbot gibt es seit geraumer Zeit auch Überlegungen, die bisherigen verbal-argumentativen Prüfmethode zur Signifikanzbewertung in Richtung probabilistischer Ansätze – also mit Wahrscheinlich-

keitsrechnungen – weiterzuentwickeln und die Prüfung dadurch objektiver, vergleichbarer und vorhersehbarer zu machen. Der folgende Beitrag will den rechtlichen Rahmen dafür aufzeigen.“

Scheidler, Alfred

Erleichterungen für die Zulassung von Windenergieanlagen durch das Vierte BNatSchG-Änderungsgesetz

Recht der Erneuerbaren Energien (REE) 2022, Heft 4, S. 175-183

Aus dem Inhalt: „Mit dem Wind-an-Lad-Gesetz werden mit Wirkung zum 1.2.2023 die planerische Steuerung von Windkraftanlagen und deren bauplanungsrechtliche Zulässigkeit auf neue gesetzliche Grundlagen gestellt, mit dem Vierten BNatSchG-Änderungsgesetz wird – ebenfalls mit Wirkung zum 1.2.2023 - durch einen neu eingefügten § 26 Abs. 3 BNatSchG die Rechtslage für Windkraftanlagen in Landschaftsschutzgebieten - im Sinne einer Öffnung – maßgebend verändert; die mit Wirkung zum 29.7.2022 neu eingefügten §§ 45 b bis 45 d BNatSchG konkretisieren und modifizieren das Artenschutzrecht im Hinblick auf Windenergieanlagen. Die Änderungen sind vor dem Hintergrund der Klimakrise und des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine zu sehen, aufgrund dessen nach Ansicht des Bundesgesetzgebers eine doppelte Dringlichkeit bestehe, für einen zügigen Ausbau der erneuerbaren Energien und dabei insbesondere auch der Windenergie an Land zu sorgen.“

Scheidler, Alfred

Windkraftanlagen in Landschaftsschutzgebieten

Zeitschrift für Natur und Recht (NuR) 2022, Heft 12, S. 826-831

Aus dem Inhalt: „Der Bundestag hat am 7.7.2022 eine Reihe von Gesetzesänderungen beschlossen, die auf eine Beschleunigung des Ausbaus der erneuerbaren Energien abzielen. Wenige Wochen zuvor hat die EU-Kommission am 18.5.2022 einen Vorschlag vorgelegt, der Änderungen der Erneuerbare-Energien-Richtlinie vorsieht, die sich u.a. mit der Festlegung von Gebieten für den weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien und mit der Anwendung des (sonstigen) europäischen Umweltrechts, v.a. des Naturschutzrechts beim Ausbau der erneuerbaren Energien befassen. Der nachfolgende Beitrag skizziert zunächst die hierzu vorgeschlagenen Änderungen und befasst sich sodann am Beispiel des Ausbaus der Windenergie an Land mit den Folgen für die neuen Regelungen auf Bundesebene.“

Schmidt-Eichstaedt, Gerd

Die Festlegung von Windenergieflächen – Terminkalender und Pflichtenheft

Zeitschrift für deutsches und internationales Bau- und Vergaberecht (ZfBR) 2023, Heft 1, S. 10-17

Aus dem Inhalt: „Mit dem um sieben neue Absätze ergänzten § 249 BauGB wird (mit Wirkung ab dem 1. Februar 2023) ein neues System der räumlichen Zulässigkeit von Wind-

energieanlagen (WEA) im Außenbereich eingerichtet. Der Tabu-Zonen-Dogmatik der bisherigen Rechtsprechung wird damit vom Gesetzgeber in voller Absicht die Grundlage entzogen. Die neue Grundregel besteht darin, dass bei der Planung und Einrichtung von Flächen für WEA im Wesentlichen nur noch darauf abgestellt werden soll, ob die Forderung des Gesetzgebers erfüllt wird, wonach ab dem Jahr 2033 insgesamt 2 % der Landesfläche als „Windenergiegebiete“ für WEA zur Verfügung stehen sollen.“

Spannowsky, Willy

Beschleunigter Ausbau der Windkraft- und Photovoltaiknutzung und deren Folgen für die Raumordnungsplanung und Bauleitplanung

Zeitschrift für deutsches und internationales Bau- und Vergaberecht (ZfBR) 2023, Heft 1, S. 18-27

Aus dem Inhalt: „Getrieben von den Zielen und Maßnahmen zur Verwirklichung der aufgrund der ‚Energiewende‘ und im Rahmen des ‚Green Deals‘ auf europäischer Ebene übernommenen Verpflichtungen, von der zwischenzeitlich erkannten Notwendigkeit, die Energieversorgungsstruktur von der Gasversorgung zu entkoppeln und von der daraus resultierenden Notwendigkeit, den Ausbau Erneuerbarer Energien zu beschleunigen und anzutreiben, hat der Bundesgesetzgeber nunmehr nach Anläufen im Jahr 2011 und 2014, unter der ‚Ampel-Regierung‘ in neuerer Zeit mit erhöhter Geschwindigkeit, Änderungen im Energiefachrecht mit weitreichenden Rückwirkungen auf das Recht der Raumordnungs- und Bauleitplanung eingeleitet.“

Trautner, Jürgen

Zulässigkeit von Nisthilfen in bestimmten Räumen – Neue Regelungen durch § 45 BNatSchG (Betrieb von Windenergieanlagen an Land) kann andere Bau- und Sanierungsvorhaben sowie Fachplanungen erschweren

Zeitschrift für Natur und Recht (NuR) 2022, Heft 11, S. 770-771

Aus dem Inhalt: „Mit den neu ins Bundesnaturschutzgesetz aufgenommenen §§ 45b und 45c zum Artenschutz bei Betrieb und Repowering von Windenergieanlagen an Land sollen Ausbau und Nutzung der Windenergie nach dem Willen des Gesetzgebers erleichtert werden. [...] Dies ist im Kontext der Neuregelung zunächst nachvollziehbar, will man doch bestehende Konflikte zwischen Artenschutz und Windenergienutzung weder verschärfen noch ‚neue Problematiken‘ schaffen. Da Nisthilfen regelmäßig auch für bestimmte Vogel- und Fledermausarten zur Problemlösung bei artenschutzrechtlichen Konflikten, etwa durch geplante Straßenbaumaßnahmen sowie in der Bauleitplanung und bei Bauvorhaben eingesetzt werden, ist der inhaltliche und räumliche Überschneidungsbereich zu beachten.“

Wretling, Vincent/Balfors, Berit/Mörtberg, Ulla

Balancing wind power deployment and sustainability objectives in Swedish planning and permitting

Energy, Sustainability and Society 2022, Vol. 12, no. 48

Aus dem Inhalt: „Wind power is a critical renewable energy technology in efforts to achieve the global climate targets. However, local impacts do occur, which demands careful consideration in planning and permitting. Sweden has set an ambition to triple land-based wind power by 2040, and municipalities play a key role in both the planning and permitting process, due to a planning monopoly and veto power in the permitting process. This calls for an investigation of Swedish wind power governance, with a particular focus on recent trends in municipal wind power planning, how wind power is balanced in relation to sustainability objectives in planning and permitting, and insights from practitioners regarding their capacities and drivers.“

2. Bücher

Emeis, Stefan

Windenergie Meteorologie: Atmosphärenphysik für die Windenergieerzeugung

Januar 2023

Aus dem Inhalt: „Dieses Buch bietet eine Einführung in die meteorologischen Randbedingungen für die Stromerzeugung aus Wind - sowohl an Land als auch auf See - und liefert meteorologische Informationen für die Planung und den Betrieb dieser wichtigen erneuerbaren Energiequelle. Es umfasst die Herleitung von Windgesetzen und Beschreibungen von Windprofilen, insbesondere oberhalb der logarithmischen bodennahen Schicht, und behandelt Winde über komplexem Gelände und nächtliche Low-Level-Jets. Diese aktualisierte und erweiterte zweite Auflage enthält neue Kapitel, die sich mit der Effizienz großer Windparks und deren Nachläufen sowie mit der Offshore-Windenergie befassen.“

3. Sonstige wissenschaftliche Veröffentlichungen

May, Jennifer

Agentur für Erneuerbare Energien

Raumplanung und Erneuerbare Energien – Flächenbereitstellung für Wind- und Solar-Freiflächenanlagen in den Bundesländern

Februar 2023

Aus dem Inhalt: „Mit der Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) im Rahmen des ‚Osterpakets‘ wurden die Ausbauziele der Erneuerbaren Energien im Stromsektor erheblich angehoben, um den Pariser Klimaschutzziele gerecht zu werden. Der Beitrag der Erneuerbaren Energien im Stromsektor soll demzufolge von derzeit knapp 234 Tera-

wattstunden (TWh) auf bis zu 600 TWh im Jahr 2030 erhöht werden. Insbesondere Photovoltaik-Freiflächenanlagen (PV-FFA) und Windenergieanlagen an Land weisen ein hohes Ausbaupotential auf und stehen daher im Fokus der deutschen Energiewende.“

→ [Zum Dokument](#)

Quentin, Jürgen

Fachagentur Windenergie an Land e.V.

Ausbausituation der Windenergie an Land im Jahr 2022

Februar 2023

Aus dem Inhalt: „Auch wenn im Jahr 2022 die Anlageninbetriebnahmen gegenüber dem Vorjahr spürbar zulegen, war es eines der schwächsten Zubaujahre der letzten Dekade. Von Januar bis Dezember gingen 551 neue Windturbinen mit 2.405 MW Leistung ans Netz. Im Vergleich zu 2021 bedeutet dies ein Plus von 25 Prozent. Nach Abzug der im selben Zeitraum stillgelegten Anlagen beträgt der Netto-Zuwachs 289 Anlagen mit 2.123 MW Leistung. Die Realisierungsdauer ist im Jahr 2022 weiter angestiegen und liegt mittlerweile bei durchschnittlich 27 Monaten.“

→ [Zum Dokument](#)

Quentin, Jürgen

Fachagentur Windenergie an Land e.V.

Analyse der 27. Ausschreibung für Windenergieanlagen an Land (Dezember 2022)

Januar 2023

Aus dem Inhalt: „Gerade einmal 16 Gebote für 203 Megawatt (MW) Windenergieleistung wurden auf das auktioniere Volumen, das nach Anwendung der sog. endogenen Mengensteuerung auf 604 MW gekürzt wurde, bis zum 1. Dezember 2022 eingereicht. Damit blieb das dritte Mal in Folge ein Gebotstermin unterzeichnet. Das größte Zuschlagsvolumen der 27. Ausschreibungsrunde ging erneut nach Niedersachsen (72 MW), gefolgt von Brandenburg (50 MW) und Nordrhein-Westfalen (30 MW). In der Südregion waren fünf Windenergieanlagen mit zusammen 26 MW Leistung erfolgreich. Erneut gab es keine Gebote, mit denen die Sonderkonditionen für Bürgerenergiegesellschaften beansprucht wurden. Aus dem Zuteilungsverfahren wurden zwei Gebote aufgrund von Formfehlern ausgeschlossen. In den 27 bislang durchgeführten Gebotsterminen wurden Vergütungszusagen an rund 3.900 Windenergieanlagen (16.200 MW) erteilt. Davon waren Mitte Januar 2023 knapp 1.800 Windturbinen mit 6.890 MW Leistung am Netz. Vergütungszusagen aus 13 Gebotsterminen sind mittlerweile abgelaufen, aus denen 3.060 MW Leistung ungenutzt blieben.“

→ [Zum Dokument](#)

Zerzawy, Florian/Wettingfeld, Marie/Grimm, Fabian

Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft

Akzeptanz durch Beteiligung von Kommunen und Bürger*innen – Wie finanzielle Anreize den Ausbau erneuerbarer Energien in Bayern voranbringen

Januar 2023

Aus dem Inhalt: „Die finanzielle Teilhabe von Kommunen und Bürger*innen an Erneuerbaren-Energien (EE)-Vorhaben ist ein wichtiger Faktor, um lokale Zustimmung und Akzeptanz zu erreichen und die regionale Wertschöpfung zu erhöhen. Das Gutachten ‚Wie finanzielle Anreize den Ausbau erneuerbarer Energien in Bayern voranbringen können‘ im Auftrag der Landtagsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen in Bayern untersucht verschiedene verpflichtende und freiwillige Ansätze zur finanziellen Beteiligung und bewertet diese hinsichtlich Beteiligungsumfang, sozialer Wirkung, Planbarkeit und administrativem Aufwand. Es schließt mit Empfehlungen, welche Instrumente auf Landesebene eingesetzt werden könnten, um mittels finanzieller Beteiligung die Akzeptanz für den Ausbau erneuerbarer Energien zu fördern.“

→ [Zum Dokument](#)

4. Sonstiges

Bundesverband WindEnergie e.V.

Anwendungshilfe zur EU-Notfallverordnung 2022/2577 vom 30.12.2022

Februar 2023

Aus dem Inhalt: „Der BEW veröffentlicht ein Informationspapier zu den die Windenergie betreffenden unmittelbar anzuwendenden Regelungen der EU-Notfallverordnung 2022/2577 vom 30.12.2022.“

→ [Zum Dokument](#)

Bundesverband WindEnergie e.V.

Stellungnahme zum Kabinettsbeschluss des Entwurfs eines § 6 Windenergieflächenbedarfsgesetzes

Februar 2023

Aus dem Inhalt: „Der BWE begrüßt den Vorstoß der Bundesregierung zur Anpassung des § 6 WindBG-E an den Art. 6 EU-Notfallverordnung, kommentiert vorliegend in Ergänzung seiner vorigen Stellungnahmen den aktuellen Entwurf zum § 6 WindBG-E und unterbreitet einige wichtige Konkretisierungsvorschläge.“

→ [Zum Dokument](#)

Bundesverband WindEnergie e.V.**Informationspapier Förderprogramm für Bürgerenergiegesellschaften bei Windenergie an Land**

Januar 2023

Aus dem Inhalt: „Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) hat am 21. Dezember 2022 ein Förderprogramm für Bürgerenergiegesellschaften im Bereich der Windenergie an Land veröffentlicht. Das BMWK geht hier dem Auftrag aus dem Koalitionsvertrag nach. Das Förderprogramm soll dazu beitragen, die Bürgerenergiegesellschaften bei den Planungs- und Genehmigungskosten von Windenergieprojekten zu entlasten. Der BWE befürwortet die Einrichtung eines solchen Fonds sehr und stellt die Eckpunkte der Förderrichtlinie für Bürgerenergiegesellschaften für Windenergie an Land vor.“

→ [Zum Dokument](#)

Bundesverband WindEnergie e.V.**Positionspapier Kurzfristige Maßnahme zur Stärkung der Kommunen beim Windausbau**

Januar 2023

Aus dem Inhalt: „Die Windenergie an Land nimmt bei der Erreichung der nationalen Energie- und Klimaziele eine tragende Rolle ein. Dadurch steht die Branche vor der großen Herausforderung, bis 2030 rund 110 GW Wind-Leistung in Deutschland zu installieren. Dieser Ausbau gelingt nur mit einem starken gesellschaftlichen Rückhalt sowie Teilhabe von Bürgerinnen und Bürgern an den konkreten Projekten vor Ort.“

→ [Zum Dokument](#)

Deutsche WindGuard e.V.**Status des Windenergieausbaus an Land im Jahr 2022**

Januar 2023

Aus dem Inhalt: „Im Jahr 2022 wurden in Deutschland 551 Windenergieanlagen an Land (WEA) installiert. Zusammen verfügen die neuen Anlagen über eine Leistung von 2.403 MW. Der Vorjahreszubau wurde damit um 25% übertroffen und der Aufwärtstrend der Jahre seit 2019 setzt sich fort. Nichtsdestotrotz liegt der Zubau weiterhin deutlich unter dem der Rekordjahre 2014 - 2017. Im Jahresverlauf 2022 wurden 246 Windenergieanlagen mit einer Leistung von 266 MW zurückgebaut. Diese zumeist alten Anlagen mit geringer Leistung wurden zum Teil durch die 103 errichteten Repoweringanlagen ersetzt. Ein Netto-Zubau von 2.137 MW trägt somit zur Erreichung der Ausbauziele bei.“

→ [Zum Dokument](#)

Deutsche WindGuard e.V.**Status des Offshore-Windenergieausbaus in Deutschland im Jahr 2022**

Januar 2023

Aus dem Inhalt: „Am 31. Dezember 2022 waren in Deutschland 1.539 Offshore-Windenergieanlagen (OWEA) mit einer Leistung von insgesamt 8,1 GW in Betrieb. Davon haben 38 Anlagen mit einer Leistung von insgesamt 342 MW im Jahr 2022 erstmals in das Stromnetz eingespeist. Weitere Fundament- und Anlageninstallationen fanden statt. Die Bau- und Inbetriebnahmeaktivitäten im Jahresverlauf 2022 haben die Umsetzungsphase der Projekte aus dem Übergangssystem mit Zuschlägen aus den Ausschreibungsrunden 2017 und 2018 eingeläutet. Erstmals seit 2020 wurde wieder ein Offshore-Windenergieprojekt in Deutschland fertiggestellt. Bis 2025 wird die Inbetriebnahme aller Projekte aus dem Übergangssystem erwartet.“

→ [Zum Dokument](#)

Der Newsletter stellt eine Auswahl an windenergiebezogenen Themen dar und hat keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Irrtümer, Fehler und Änderungen vorbehalten. Auf die Inhalte externer Internetseiten, auf die in diesem Newsletter verlinkt wird, hat die Stiftung Umweltenergierecht keinen Einfluss. Deshalb ist die Stiftung Umweltenergierecht für diese Inhalte nicht verantwortlich und kann für diese fremden Inhalte auch keine Gewähr und Haftung übernehmen. Für die Inhalte der verlinkten Seiten ist allein der jeweilige Anbieter oder Betreiber der Seiten verantwortlich.

Forschung fördern und gemeinsam mehr bewirken

Um weiterhin als Zukunftswerkstatt für den Rechtsrahmen der Energiewende wichtige Impulse setzen zu können, brauchen wir Ihre Unterstützung! Ihre Spende fördert unsere Forschung und hilft, die Energiewende voranzubringen.



Kontakt

Hannah Lallathin
Referentin Fundraising
lallathin@stiftung-umweltenergierecht.de

Spendenkonto

Sparkasse Mainfranken
IBAN: DE16 7905 0000 0046 7431 83
BIC: BYLADEMISWU

Stiftung Umweltenergierecht

Friedrich-Ebert-Ring 9
97072 Würzburg

Informationen zum Herausgeber

Herausgeber: Stiftung Umweltenergierecht, Friedrich-Ebert-Ring 9, 97072 Würzburg;
V.i.S.d.P.: Dr. Thorsten Müller; Kontakt: Tel.: +49 931/794077-0, Fax: +49 931/794077-29,
www.stiftung-umweltenergierecht.de, mail@stiftung-umweltenergierecht.de;
Stiftungsrat: Prof. Dr. Monika Böhm, Prof. Dr. Franz Reimer, Prof. Dr. Markus Ludwigs, Prof. Dr. Sabine Schlacke
Stiftungsvorstand: Dr. Thorsten Müller, Fabian Pause, LL.M. Eur